

## **Schulz-Wahlkampf 2017: Unaufrichtigkeit und Unklarheit ergeben keine Perspektive**

Titelstory des SPIEGEL Nr. 40 vom 30.9.2017

Der SPIEGEL-Redakteur Markus Feldenkirchen durfte – ganz im Gegensatz zu den üblichen Gepflogenheiten – den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz fast ein halbes Jahr lang im Wahlkampf begleiten und war bei über 50 Terminen dabei. Viele Geschichten in dem langen Text sind mit wörtlichen Zitaten aus internen Sitzungen untermauert, und Martin Schulz lässt den Redakteur seine selbstkritischen Reflexionen in ruhigen Momenten protokollieren.

### **1. Siegesicherheit wider besseres Wissen**

Heute gibt es wöchentliche Umfragen zu dem wahrscheinlichen Wahlausgang von zumindest 7 Meinungsforschungs-Instituten, die für jeden Interessierten im Internet nachzulesen sind (<http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm>). Umfragen sind nicht Wahlergebnisse, und Prognosen können irren. Wenn aber alle Institute einhellig zu dem Ergebnis kommen, der Abstand zwischen CDU und SPD sei ca. 15% und der zwischen Kanzlerin und Kanzlerkandidat noch größer, dann glaubt niemand an den überraschenden Sieg der deutlich schwächeren Seite. Martin Schulz hat in dieser Situation nicht nur permanent erklärt, er werde Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, sondern in seinem Zweckoptimismus gleich auch noch ([Meldung vom 11.9.2017](#)) der amtierenden Kanzlerin die Vizekanzlerschaft unter seiner Führung angeboten – scheinbar ein Fall von völligem Realitätsverlust.

Der SPIEGEL beschreibt eindringlich, wie die SPD und der Kandidat permanent die Umfrage-Werte beobachtet haben. Die Realität drängte auch bei Martin Schulz zum Gedanken: „Ich kann mich nicht lächerlich machen. Ich muss da jeden Tag erklären, dass ich Kanzler werden will, und jeder weiß: Der wird niemals Kanzler. Die Leute finden mich peinlich, die lachen doch über mich.“ (SPIEGEL S. 25). Das versuchten ihm seine Berater auszureden. Aber Fakt ist, dass die völlig unglaubwürdige Kanzler-Vision bei vielen Menschen dazu geführt hat, gar nicht mehr hinzuhören. Motto: der erzählt viel, wenn der Tag lang ist, aber er wird nichts umsetzen, weil er nicht Kanzler werden kann.

Tatsache ist, dass Martin Schulz wider besseres Wissen die Realität geleugnet, ein unrealistisches Ziel verkündet und sich und die SPD damit unglaublich gemacht hat. Im Wahlkampf kommuniziert wurde eine grundlegend falsche Annahme, wohl um andere Fragen (wie die nach der Machtperspektive) zu vermeiden. Johannes Rau hatte auch schon einmal (im Wahlkampf 1987) erfolglos versucht, die Geschichte von der absoluten Mehrheit für die SPD zu erzählen, um eine Aussage zugunsten einer Koalition mit den GRÜNEN zu vermeiden. Das hat schon vor 30 Jahren nicht funktioniert. Und es war eine Frage der Diktion: Man hätte ja sagen können: „Ich möchte Kanzler werden und habe folgende Ideen“. Das klingt aber anders als die Ankündigung: „Wenn ich Kanzler bin, mache ich in den ersten 100 Tagen dies und das“.

## **2. Unnötige Dämonisierung des Gegners - Merkel gleich Erdogan/Kaczynski?**

Die Schulz-Kampagne schwankte in ihrer Wahlkampf-Idee zwischen unkonkret bleiben (am Anfang) und konkrete Vorschläge machen (am Ende), zwischen weniger scharfer und schärferer Attacke auf Merkel. Irgendwann hatte Martin Schulz eine eigene Idee und freute sich über den Jubel von 6000 Freunden in der Dortmunder Westfalenhalle ebenso wie über die Presse-Resonanz. Er warf Kanzlerin Merkel vor, sich nicht mit ihm auf jede Kontroverse einzulassen und Konflikte zu vermeiden und verstieg sich zu einer in allen relevanten Medien verbreiteten Formulierung, auf die er auch noch stolz war: „Die sinkende Wahlbeteiligung vorsätzlich in Kauf zu nehmen ist ein Anschlag auf die Demokratie.“ (SPIEGEL S. 17). Faktisch ist die Wahlbeteiligung (um fast 5%) gestiegen, hängen geblieben ist aber nur der letzte Teil: Merkel begeht einen Anschlag auf die Demokratie. Der aufmerksame Beobachter hat mitbekommen, dass z. B. in der Türkei kritische Geister (z. B. Richter, Journalisten Lehrer und Professoren) grundlos entlassen oder/und ins Gefängnis gesteckt werden und die EU den Polen wegen dem dortigen Demokratie-Abbau sogar das Stimmrecht in ihren Gremien entziehen will. Schulz stellte Merkel in eine Reihe mit Erdogan und Kaczynski – wen soll das überzeugen?

## **3. Wedelt der Schwanz mit dem Hund?**

Der SPIEGEL zeichnet das Bild eines Kanzlerkandidaten, der von Natur aus sehr kämpferisch und prägnant ist, aber durch die „Wahlkampf-Maschine“ im Willy-Brandt-Haus und seine Berater „weichgespült“ wurde. Konflikte zwischen Wahlkampf-

Management und Kandidaten insbesondere im Falle einer relativ späten Nominierung sind ein bekanntes Phänomen. Dazu gehören aber immer mehrere Akteure. Der SPIEGEL berichtet aus internen Sitzungen, in denen es um eine Rede des Kanzlerkandidaten ging, für die Martin Schulz einige eigene Ideen hatte. Schulz probte die von seinen Helfern formulierte Rede und war verwundert: „Fast alles Scharfe, Mutige, auch Riskante, das er drei Tage vorher angeregt hatte, ist raus. Es ist nicht ganz klar, wie viele Abteilungsleiter hier am Werke waren, aber sie scheinen erstens ihren Kandidaten und zweitens die Gesetze des Wahlkampfes schlecht zu kennen. Den gewinnen eher selten die bravsten Herausforderer.“ (DER SPIEGEL, S. 17). Da dürfte der Spiegel-Redakteur zwar die Sicht von Schulz transportieren – aber ein so unprofessionelles Helfer-Team kann sich kein Kandidat leisten. Und die Frage bleibt, warum der Schwanz mit dem Hund wedeln durfte (die dominante Rolle eines Spin-Doctors zeigt der Film z. B. „[Wag the Dog](#)“ ganz wunderbar). Der SPIEGEL erklärt alles mit dem Charakter des uneigennütigen Gutmenschen Martin Schulz – nur begrenzt glaubhaft: „Es ist auch nicht seine Schuld, dass Berater und Abteilungsleiter ihm ständig Ratschläge erteilten, die weder zu seinem Naturell noch zu seinen Ansichten passten. Die Frage ist nur, warum er viele dieser Ratschläge tatsächlich annahm. Warum er sich nicht früher emanzipierte. Oder darauf drängte, von echten Profis umgeben zu sein, die zu ihm passten. Als treuer, harmonieliebender Mensch fiel es ihm schwer, Menschen zu enttäuschen.“ (DER SPIEGEL, S, 27). Wenn das stimmt, war Martin Schulz für höhere Aufgaben nie geeignet. Minimal müsste er jetzt für den Fall seines Verbleibens im Amt des SPD-Vorsitzenden viele personelle Konsequenzen ziehen und sich von einigen Nicht-Profis und Abteilungsleitern trennen.

#### **4. Für oder gegen Schröder und die Agenda?**

Der SPIEGEL berichtet, dass Schulz von einem Meinungsforscher darüber aufgeklärt wurde, dass sein Höhenflug nach seiner Nominierung auch mit seiner Kritik an den Hartz-Gesetzen der Regierung Schröder zu tun hatte. Die 33% in den Umfragen zu Beginn sind immer mehr abgeschmolzen, und die ausdrückliche Einladung an Gerd Schröder zum Parteitag vor der Wahl hat sicher nicht den Eindruck verstärkt, Schulz wolle sich von dem Erbe der Agenda befreien. DER SPIEGEL: „Die neue Klientel war die alte Klientel der SPD, die verloren gegangen ist“, sagt Hilmer. Millionen Menschen, die

sich vor allem nach der Agenda 2010 abgewandt hätten. Diese Leute hätten kurzzeitig zur SPD zurückgefunden, seien jetzt aber wieder weg.“ (S. 19).

Die SPD hatte 1998 immerhin noch 40,9% der Wähler für sich gewonnen – und das Ergebnis in weniger als 20 Jahren halbiert. Schröders gut bezahlte Aktivitäten für russische Konzerne seien ihm gegönnt – beim Wähler hat sich leider der Eindruck verfestigt, Politiker (auch von der SPD) würden zuerst mal an sich selber denken. Schulz hat Schröders Russland-Engagement zunächst zu dessen Privatsache erklärt und sich dann leise dadurch distanziert, dass er eine solche Rolle für sich als nicht erstrebenswert bezeichnet hat.

So war der auf dem SPD-Parteitag am 25.6.2017 umjubelte Schröder (SPIEGEL vom 25.6.: „Schröder begeisterte den Saal“) sicher kein Wahlkampf-Helfer für Martin Schulz. Eine interessante Frage wäre, wie viele der 9,5 Millionen SPD-Wähler die Partei 2017 wegen und wie viele sie trotz Schröder gewählt haben.

## **5. Nur Rangelei um die GroKo-Führung und SPD gleich CDU?**

Wenn Martin Schulz mitten in seinem Wahlkampf gegen die amtierende Kanzlerin dieser die [Vizekanzlerschaft unter seiner Führung anbietet](#), dann ist das doch nicht anders als das Angebot zu einer großen Koalition zu verstehen. Dieses Interesse des Kandidaten war vielleicht nicht wirklich überraschend - man erinnert sich an den Europa-Wahlkampf des Spitzenkandidaten Schulz gegen seinen großen Kumpel Juncker von den Konservativen, in dem Schaum geschlagen und später schnell alle Posten ausgedeckt wurden. Aber es zeigt das Dilemma, das auch ein inhaltliches war. Schulz hielt das CDU-Wahlprogramm für eine Kopie der SPD-Ideen: „Haben wir den Mut zu sagen: Das ist abgeschrieben!“... „Schlicht und einfach von uns abgeschrieben“ (so Schulz laut SPIEGEL, S. 17). Eine solche Erklärung hielt man im Willy-Brandt-Haus aber für unklug, und Schulz zeigte seine Flexibilität: „Sie haben zwar abgeschrieben, aber wir müssen so tun, als wäre all das zu 100 Prozent das Gegenteil von uns.“ Es widerspreche zwar seiner Überzeugung, aber okay (SPIEGEL S. 18). Der SPIEGEL im O-Ton: „Bei der Pressekonferenz wird er später nichts von ‚Klauen‘ und ‚Abschreiben‘ sagen, sondern das Programm der Union so darstellen, als sei es eine große Gefahr für den sozialen Frieden im Land.“ (SPIEGEL, S. 18). So haben die Jusos jahrelang gegen Helmut Kohl polemisiert und diesen als asozialen Konservativen wie Thatcher und

Reagan bezeichnet – bis dann Gerd Schröder mit Rot-Grün den Sozialabbau in Form der Hartz-Gesetze durchgesetzt hat.

Damit war die Verlängerung des Dilemmas eines konfrontativen Oppositions-Wahlkampfes aus der Regierungsverantwortung heraus unvermeidlich: Aus Gründen der Show mussten Differenzen konstruiert werden, an die man selber nicht geglaubt hat und das Interesse an einem Ende der Großen Koalition suggeriert werden, an der man im Prinzip (am besten natürlich unter eigener Führung) festhalten wollte.

## 6. Opposition aus Trotz oder Staatsräson?

Der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann hat nach [übereinstimmenden Medienberichten](#) zu der Wahlniederlage erklärt, bei einem Wahlergebnis von 23% wäre die SPD in eine große Koalition eingetreten, bei 20% präferiere sie die Opposition. Der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz hat noch am Wahlabend den Gang in die Opposition mit der Übernahme staatspolitischer Verantwortung erklärt: man wolle der AFD nicht die Rolle der Oppositionsführung überlassen. (Hätte man das bei 2,5% mehr Wählerzuspruch getan?). Auf die Vorhaltung des Interviewers, Franz Müntefering habe doch gesagt „Opposition ist Mist“, hat Olaf Scholz dann zustimmend erklärt, das sei wahr – aber man müsse ja an die Demokratie denken. Etwas viel scheinbare Selbstaufopferung.

Gewöhnlich erklären Parteien, für ihre Inhalte zu stehen und so viele wie möglich davon in einer Regierung umsetzen zu wollen. Das schien der SPD mit der größten Wahlverliererin (Merkel hat mit CDU/CSU über 8% verloren) offensichtlich möglich: Martin Schulz hat in der Fernsehrunde am Wahlabend erklärt, es werde eine Jamaika-Koalition geben, weil Frau Merkel jeden Preis bezahlen werden, sie sei ein Ideenstaubsauger. Wenn das stimmt, fragen doch alle: Warum hat sich denn die SPD gar nicht erst der Frage gestellt, welchen Preis sie bekommen würde und welche ihrer Ideen Frau Merkel aufsaugen würde?

Die nach Schließung der Wahllokale verkündete Regierungs-Verweigerung der SPD erscheint als parteitaktische Trotzreaktion, für die staatstragende Motive bemüht werden. In Zukunft kann es ja kein Wahlkampfziel sein, stärkste Oppositionsfraktion zu werden. Also bleibt die Frage nach zukünftigen Machtoptionen - und danach, auf

welche Variante(n) sich denn die unterschiedlichen Kräfte in der SPD verständigen können.

## **7. Keine Analyse, keine Erneuerung, keine Perspektive?**

Die bisherigen Beschreibungen des Elends der SPD machen zumindest wohlwollenden sozial und ökologisch orientierten Menschen keine Freude. Vor allem dann, wenn man es in der Vergangenheit mit guten Ratschlägen weitgehend erfolglos des Öfteren versucht hat. Als die SPD im Jahr 2004 bei der Europawahl gerade noch 23% erreicht hat, waren u. a. Heinz Thörmer (immerhin 25 Jahre sehr eng an der Seite von Gerd Schröder) und ich alarmiert. Wir haben einen [Artikel in der Frankfurter Rundschau](#) geschrieben und dann lange an einem Buch gearbeitet, das Anfang 2007 erschienen ist: „[Aufstieg und Krise der Generation Schröder](#)“. Der Schlusssatz (S. 159) artikuliert die Hoffnung auf massive Veränderungen der Partei mit der Folge, „dass die 140 Jahre alte Tante SPD nicht auseinander fällt wie ein marodes Gebäude oder implodiert wie ein defektes Fernsehgerät, sondern dass sie sich bei den weiteren Wahlen zumindest stabilisiert.“ 2005 hatte die SPD bei der Bundestagswahl trotz oder wegen Schröders Agenda 2010 immerhin noch 38,4% der Erststimmen erreicht – die heutige Dimension von Rot-Rot-Grün, alle zusammen!

### **7.1. Fragen zur Diagnose**

Ohne halbwegs zutreffende Diagnose gibt kaum Chancen auf eine wirksame Therapie. Einfache Fragen scheinen unbeantwortet: Was erklärt den [Absturz der europäischen Sozialdemokratie](#) in die weitgehende Bedeutungslosigkeit? Weniger als 6% in Griechenland, um 7% in Frankreich und um 6% in Holland sind für ehemals regierende sozialdemokratische Parteien ein Desaster. Und was erklärt den Absturz der deutschen Sozialdemokratie von über 40% der Wählerstimmen im Jahr 1998 auf gerade einmal 20% im Jahr 2017? Wenn in den SPD-Hochburgen statt ehemals über 50% gerade einmal 30% erreicht werden und in vielen Landstrichen jedes Ergebnis über 10% als Erfolg gilt – woran liegt das?

Die Antworten sind nicht einfach. Aber zu denken geben sollte, dass in Deutschland eine Partei wie die AFD, die zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl antrat, auf

Anhieb zur drittstärksten Kraft wurde und die Regierungsparteien CDU/CSU/SPD gemeinsam ca. 14% verloren haben. Die CDU/CSU hatte größere Einbrüche als die SPD – wenn das mit nicht richtig wahrgenommenen und aufgearbeiteten Problemverschiebungen und Inhalten zu tun haben sollte, dann hilft eine Trotzreaktion („wir gehen in die Opposition“) wenig weiter. Gegen was soll denn opponiert werden? Gegen die bisherig eigene Politik? Gegen die Wähler, die der Partei die Stimme entzogen haben? Wie sollen die verbleibenden wenigen Wähler, die Hoffnungen auf die SPD setzen, gebunden werden?

## **7.2. Fragen zur Erneuerung**

Die SPD hat nach einschneidenden Wahlniederlagen in der Vergangenheit mehrfach vorgeführt, wie „Erneuerung“ aussieht. Die Wahlverlierer an der Spitze der Partei lassen sich am Wahlabend in der Parteizentrale für ihre katastrophalen Ergebnisse feiern, übernehmen die Verantwortung und teilen die wichtigen Jobs am besten noch in der Wahlnacht weiterhin unter sich auf. Zur Not wird eine Spitzenfigur geopfert, die andere(n) besetzen die Kommandohöhen der Macht.

Möglicherweise hat man ja nicht Spitzenpersonal ohne Ende. Aber nach dem vorläufigen größten Absturz könnte eine personelle Erneuerung zumindest in die Diskussion kommen. Vielleicht ist organisatorisch nach den vielen Parteireformen der Vergangenheit nicht viel zu erneuern – es sei denn, aus Geldmangel. Aber inhaltliche Klärungen werden nötig sein. Dabei sollten die noch verbliebenen Mitglieder eine zentrale Rolle spielen: was wollen die eigentlich? Ratsam wäre auch, sich mit den Motiven der vielen Mitglieder (auch hochrangigen Funktionären), die die Partei in den letzten 15 Jahren verlassen haben, gründlich auseinanderzusetzen und zu versuchen, relevante Multiplikatoren zurückzugewinnen.

## **7.3. Fragen nach den Perspektiven**

Der Angelpunkt für das Ansehen aller Personen und Positionen dürfte die Frage der Glaubwürdigkeit und der Ehrlichkeit sein: Man kann nicht Massen für Positionen mobilisieren, an die man selber nicht glaubt. Und irgendwann kann man sich um Entscheidungen nicht mehr herummogeln. Formelkompromisse und Personen-

Proporz zwischen unterschiedlichen Flügeln der Partei helfen bei 20% an Wählerstimmen irgendwann nicht mehr weiter. Es geht um den Markenkern der Partei und um die Perspektiven zur Gestaltung von Deutschland, Europa und der Welt.

Zu diskutieren wäre z. B., ob mögliche Erfolgsmodelle (?) wie das Agieren von Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn von der Labour Party in Großbritannien in Deutschland für die SPD eine Wende bringen könnten, ob die Entwicklung von kritischen Massenbewegungen an der Partei vorbei und das Entstehen von neuen Parteiformationen wie in anderen europäischen Ländern aufgehalten werden kann – und welche realistischen Machtperspektiven es denn geben kann? Die sehr einfache Frage: “Welche Hoffnung gibt es denn?” ist leider nicht sehr einfach zu beantworten.

Edgar Einemann, Dipl.-Soz., Dr. rer. pol., ist seit 1989 Professor im Studiengang Informatik der Hochschule Bremerhaven (Schwerpunkt: Informatik und Gesellschaft). 1968-2013 SPD-Mitglied, viele Funktionen bei den Jusos und in der Partei, u. a. 1992/93 Abteilungsleiter Organisation in der Bonner SPD-Parteizentrale. URL: [www.einemann.de](http://www.einemann.de).